

# BR/GT I/2 d/69

## Travaux Préparatoires EPÜ 1973

### Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ  
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Sekretariat

Brüssel, den 2. Juni 1969

BR/GT I/2/69

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht

Artikel 1 bis 41

in synoptischer Darstellung mit

dem Vorentwurf der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" in der Fassung von 1965 und

dem von den Staaten der Europäischen Freihandels-Assoziation ausgearbeiteten  
Entwurf eines offenen europäischen Patentabkommens

### Vorbemerkung

Die Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens hat auf ihrer Sitzung vom 21. Mai 1969 eine erste Arbeitsgruppe zum Studium der patentrechtlichen Fragen eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe hat auf ihrer konstituierenden Sitzung vom selben Tag ihren Vorsitzenden beauftragt, zur Vorbereitung der Sitzungen dieser Arbeitsgruppe Vorschläge für das geplante Abkommen auszuarbeiten (Sitzungsbericht BR/GT I/1/69 vom 23. Mai 1969, S. 2).

Der Vorschlag geht davon aus, daß der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1960/1965 ausgearbeitete Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht soweit als möglich übernommen werden soll. Änderungen werden nur insoweit vorgeschlagen, als die neue Zielsetzung des geplanten Abkommens oder die weitere Entwicklung des Patentrechts Abweichungen erforderlich erscheinen lassen. Der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandels-Assoziation 1965/1967 ausgearbeitete Entwurf eines offenen europäischen Patentabkommens ist berücksichtigt worden.

Zum besseren Verständnis der vorgeschlagenen Änderungen und zur Erleichterung der Erörterungen sind dem Vorschlag Texte

des Brüsseler Vorentwurfs von 1965 und des EFTA-Entwurfs synoptisch gegenübergestellt worden.

Soweit die Vorschläge mit dem am 27. November 1963 in Straßburg gezeichneten Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente übereinstimmen, wird darauf hingewiesen.

## ERLÄUTERUNGEN

Vorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65-D der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

EFTA-Entwurf

bedeutet: EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION - Draft of an open European Patent Convention forming the first Convention in the twopart scheme - Annex III zum Arbeitsdokument EFTA 4/67 vom 19. Januar 1967. Diesem Entwurf lag nur der Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht von 1962 zugrunde, da das obengenannte Arbeitsdokument vom 22. Januar 1965 nicht veröffentlicht ist.

Straßbg. Abk.

bedeutet: Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, gezeichnet am 27. November 1963 in Straßburg.

\* vor den einzelnen Absätzen des Vorentwurfs von 1965

bedeutet, daß der Vorentwurf von 1965 gegenüber dem Vorentwurf von 1962 unverändert ist. Dieser Hinweis soll den Vergleich des Vorentwurfs von 1965 mit dem EFTA-Entwurf erleichtern.

... in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der Text des Vorentwurfs von 1965 unverändert vorgeschlagen wird. Im Vorschlag entfällt jedoch die eckige Klammer bei dem Wort "Verwaltungsrat".

+ in der Spalte "EFTA-Entwurf"

bedeutet, daß der Text des Vorentwurfs eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht von 1962 in den EFTA-Entwurf unverändert übernommen worden ist.

## P R Ä A M B E L

### Bemerkung

In der Präambel soll darauf hingewiesen werden, daß dieses Abkommen eine besondere Abmachung der Vertragsstaaten ist im Sinne des Artikels 15 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883, zuletzt revidiert in Lissabon am 31. Oktober 1958, und ein internationaler Vertrag über die Erteilung von Patenten mit Wirkung in mehr als einem Staat im Sinne des Artikels 44 Absatz 2 des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens vom ... .

ERSTER TEIL

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Europäisches Patentrecht

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
Durch dieses Abkommen wird ein Recht der Erfindungspatente geschaffen, das den Vertragsstaaten gemeinsam ist, für ihr gesamtes Hoheitsgebiet Anwendung findet und die Bezeichnung "europäisches Patentrecht" erhält.	Durch dieses Abkommen wird ein den Vertragsstaaten gemeinsames Recht für die Erteilung von Erfindungspatenten geschaffen, das die Bezeichnung "europäisches Patentrecht" erhält.	Durch dieses Abkommen wird ein System zur Erteilung von Patenten geschaffen, das den Vertragsstaaten gemeinsam ist.



Artikel 2  
Europäisches Patent

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1)* Gemäß den Vorschriften dieses Abkommens werden unter der Bezeichnung "europäische Patente" Patente erteilt, die ihrem Inhaber ein ausschließliches Recht gewähren.</p> <p>(2) Die europäischen Patente sind einheitlich und autonom. Die Einheitlichkeit wird in der Weise verwirklicht, daß die europäischen Patente mit Wirkung für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten bestehen und nur mit Wirkung für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten übertragen werden oder erlöschen können. Die Autonomie wird in der Weise gewährleistet, daß die europäischen Patente nur den Vorschriften dieses Abkommens unterworfen sind.</p>	<p>(1) Ein gemäß den Vorschriften dieses Abkommens erteiltes Erfindungspatent erhält die Bezeichnung "europäisches Patent".</p> <p>(2) - gestrichen; s.Art. 24a -</p> <p>(2a) Das europäische Patent hat in den Vertragsstaaten, für die es erteilt ist, die Wirkung eines nationalen Patents.</p>	<p><u>Art. 2</u> (1) +</p> <p>(2) Die europäischen Patente sind einheitlich. Die Einheitlichkeit wird in der Weise verwirklicht, daß die europäischen Patente mit Wirkung für das Hoheitsgebiet aller derjenigen Vertragsstaaten bestehen, auf die sie sich erstrecken, und nur mit Wirkung für das Hoheitsgebiet aller Vertragsstaaten übertragen oder in anderer Weise einem Eigentumswechsel unterzogen werden können.</p> <p><u>Art. 2A</u></p> <p>(1) Jedes endgültige Patent, das gemäß Artikel 2 Absatz 3 erteilt wird, stellt in dem betreffenden Staat ein unabhängiges nationales Patent dar und hat die gleiche Wirkung, wie wenn es von den nationalen Behörden erteilt worden wäre.</p>

# Artikel 3

## Europäisches Patentamt

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>* Europäische Patente werden von einem Patentamt erteilt, das den Vertragsstaaten gemeinsam ist und die Bezeichnung "Europäisches Patentamt" erhält.</p>	<p>...</p>	<p>Europäische und endgültige Patente werden von einem Patentamt erteilt, das den Vertragsstaaten gemeinsam ist und die Bezeichnung "Europäisches Patentamt" erhält.</p>

# Artikel 4

## Europäisches Patentgericht

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>* Ein Gericht, das den Vertragsstaaten gemeinsam ist und nachstehend als "Europäisches Patentgericht" bezeichnet wird, ist für die Entscheidung über Klagen, die europäische Patente betreffen, in letzter Instanz zuständig, soweit dieses Abkommen ihm eine Zuständigkeit zuweist.</p>	<p>- gestrichen -</p>	<p>+</p>

Recht zur Einreichung einer europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p><u>1. Fassung</u></p> <p>Jede natürliche oder juristische Person oder jede einer juristischen Person gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft, die Schutz für eine Erfindung mit Wirkung für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten erlangen will, kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen.</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>(1) Jede natürliche oder juristische Person oder jede einer juristischen Person gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft, die die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten hat und Schutz für eine Erfindung mit Wirkung für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten erlangen will, kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen.</p>	<p><u>1. Fassung</u></p> <p>Jede natürliche oder juristische Person oder jede einer juristischen Person gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen.</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>Jede natürliche oder juristische Person oder jede einer juristischen Person gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellte Gesellschaft, die die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt oder in einem der Vertragsstaaten ihren Wohnsitz oder Sitz hat, kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen. Das gleiche gilt für natürliche oder juristische Personen oder juristischen Personen gemäß dem für sie maßgebenden Recht gleichgestellten Gesellschaften, die die Staatsangehörigkeit eines Staates besitzen oder in einem Staat ihren</p>	<p>(1) Jedermann, der Schutz für seine Erfindung mit Wirkung für das Gebiet einiger oder aller Vertragsstaaten erlangen will, kann die Erteilung eines europäischen Patents beantragen.</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(2)* Die europäische Patentanmeldung muß auf eine oder mehrere nationale Patentanmeldungen in einem der Vertragsstaaten gestützt werden, die eine erste Hinterlegung im Sinne des Artikels 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883, zuletzt revidiert in Lissabon am 31. Oktober 1958, darstellt.</p>	<p>Wohnsitz oder Sitz haben, in dem Staatsangehörige der Vertragsstaaten in Bezug auf den Schutz des gewerblichen Eigentums die gleichen Vorteile genießen, die die Gesetze dieses Staates den eigenen Staatsangehörigen gewähren. Die Vorschriften des Rechts dieser Staaten über das Gerichts- und Verwaltungsverfahren und die Zuständigkeit sowie über die Wahl des Wohnsitzes und die Bestellung eines Vertreters, die etwa nach den Gesetzen über das gewerbliche Eigentum erforderlich sind, bleiben hierbei außer Betracht.</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p><u>Bemerkung:</u> Die in (2) und (3) des EFTA-Entwurfs behandelte Staatenbenennung soll in Zusammenhang mit den Vorschriften über die Patentanmeldung geregelt werden.</p>	<p>(2) Vorbehaltlich des nachstehenden Absatzes 3 kann ein Anmelder innerhalb einer Frist von 12 Monaten, gerechnet von dem Prioritätszeitpunkt der Anmeldung, einen oder mehrere Staaten zusätzlich zu denen benennen, auf die sich die Anmeldung erstreckt; auch kann er jederzeit bis zur Erteilung des Patents die Benennung eines oder mehrerer benannter Staaten wieder rückgängig machen.</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
		(3) Eine Gruppe von Staaten im Sinne des Artikels 2A Absatz 3 kann verlangen, daß jede Anmeldung, die sich auf einen Staat der Gruppe erstreckt, sich auf alle diese Staaten erstreckt.

# Artikel 6

## Koexistenz des europäischen Patentrechts und der nationalen Patentrechte

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
* Dieses Abkommen läßt das Recht der Vertragsstaaten unberührt, neben dem europäischen Patentrecht ihr nationales Patentrecht aufrechtzuerhalten.	...	- gestrichen -

Artikel 7  
Doppelschutz

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>* Der Schutz für ein und dieselbe Erfindung durch ein europäisches Patent und der Schutz durch ein oder mehrere nationale Patente in den Vertragsstaaten dürfen nicht nebeneinanderbestehen, soweit diese Erfindung auf denselben Erfinder zurückgeht.</p>	<p>Es bleibt den Vertragsstaaten vorbehalten zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Schutz für ein und dieselbe Erfindung durch ein europäisches Patent und der Schutz durch ein nationales Patent nebeneinanderbestehen darf, soweit diese Erfindung auf denselben Erfinder zurückgeht.</p>	<p>+</p>



# Artikel 8

## Sonstige internationale Verträge

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
* Dieses Abkommen läßt die von den Vertragsstaaten in anderen internationalen Verträgen eingegangenen Verpflichtungen unberührt.	...	+

# Artikel 8a

## Besondere Abkommen

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p>Eine Gruppe von Vertragsstaaten kann in einem besonderen Abkommen vorschreiben, daß die europäischen Patente für ihr Hoheitsgebiet einheitlich sind und nach ihrer Erteilung den Vorschriften des besonderen Abkommens unterliegen.</p>	<p><u>Art. 2A Abs. 3</u>  Jede Gruppe von Vertragsstaaten kann anstelle der Erteilung gesonderter endgültiger Patente die Erteilung eines einzigen gemeinsamen endgültigen Patents mit Wirkung für die Gesamtheit ihrer Hoheitsgebiete zulassen.</p>

## ZWEITER TEIL

### MATERIELLES PATENTRECHT

#### KAPITEL I

#### PATENTIERBARKEIT

#### Artikel 9

#### Patentfähige Erfindungen

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
(1) Europäische Patente werden für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.	(1) ...	+
(2) Als Erfindung im Sinne des Absatzes 1 gelten insbesondere nicht	(2) ...	
a) wissenschaftliche Erkenntnisse und Theorien als solche;	a) ...	
b) die bloße Entdeckung in der Natur vorkommender Stoffe;	b) ...	
c) rein ästhetische Formschöpfungen;	c) ...	
d) Finanzierungs- und Buchführungsmethoden, Spielregeln und andere Systeme, soweit sie rein gedanklicher Art sind;	d) ...	
e) Verfahren zur Heilbehandlung einschließlich der Diagnostizerverfahren.	e) ...	
	<u>Bemerkung:</u> (1) entspricht Artikel 1 Straßbg. Abk.	

# Artikel 10

## Ausnahmen von der Patentierbarkeit

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Europäische Patente werden nicht erteilt</p> <p>a) für Erfindungen, deren Veröffentlichung oder Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstoßen würde; ein solcher Verstoß kann nicht allein aus der Tatsache hergeleitet werden, daß die Verwertung der Erfindung in allen oder einem Teil der Vertragsstaaten durch Gesetz oder Verwaltungsvorschriften verboten ist;</p> <p>b) für Pflanzensorten oder Tierarten sowie für im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen oder Tieren; diese Vorschrift ist auf mikrobiologische Verfahren und auf die mit Hilfe dieser Verfahren gewonnenen Erzeugnisse nicht anzuwenden.</p>	<p>...</p> <p><u>Bemerkung:</u> Artikel 10 entspricht Artikel 2 Straßbg.Abk.</p>	<p>+</p>

# Artikel 11

## Neuheit

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie nicht zum Stand der Technik gehört.</p> <p>(2) * Den Stand der Technik bildet alles, was vor dem Tag der Anmeldung der Erfindung zum europäischen Patent der Öffentlichkeit durch schriftliche oder mündliche Beschreibung, durch Benutzung oder in sonstiger Weise zugänglich gemacht worden ist.</p> <p>(3) Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt europäischer Patentschriften, die an oder nach dem in Absatz 2 genannten Tag veröffentlicht worden sind, wenn und soweit die betreffenden Patente auf einer früheren Anmeldung beruhen. Diese Vorschrift findet auf den Inhalt der Unterlagen europäischer Patentanmeldungen oder Patente Anwendung, die gemäß Artikel 86a der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. Für die Anwendung dieses Absatzes ist die zeitliche Reihenfolge des Eingangs der Anmeldung auch dann maßgebend, wenn die Anmeldungen am selben Tag eingereicht worden sind.</p>	<p>(1) ...</p> <p>(2) ...</p> <p>(3) Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt früherer europäischer Patentanmeldungen, die erst an oder nach dem in Absatz 2 genannten Tag veröffentlicht worden sind,</p> <p><u>Bemerkung:</u>  (1) und (2) entsprechen Artikel 4 Abs. 1 und 2 Straßbg.Abk.; die Wirkung der Priorität soll in Zusammenhang mit den Vorschriften über die Unionspriorität geregelt werden.  (3) entspricht Artikel 4 Abs. 3 Straßbg.Abk.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) Als Stand der Technik gilt auch der Inhalt europäischer Patentschriften, die an oder nach dem in Absatz 2 genannten Tag veröffentlicht worden sind, wenn und soweit die darin enthaltenen Patente auf einer früheren Anmeldung beruhen und sich auf eines oder mehrere der Länder erstrecken, auf die sich die in Absatz 2 genannte Anmeldung erstreckt. Sind mehrere europäische Patentanmeldungen am gleichen Tag</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p data-bbox="1016 372 1646 532">(4) Absatz 3 findet nur dann Anwendung, wenn ein für die spätere Patentanmeldung benannter Vertragsstaat auch für die frühere Patentanmeldung benannt ist.</p>	<p data-bbox="1737 219 2179 343">eingegangen, so ist die Reihenfolge des Eingangs für die Anwendung dieses Absatzes maßgebend.</p> <p data-bbox="1793 372 1952 409">Siehe (3)</p>

## Unschädliche Offenbarungen

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Eine Offenbarung der Erfindung im Sinne des Artikels 11 bleibt außer Betracht, wenn die Offenbarung innerhalb von sechs Monaten vor Einreichung der europäischen Patentanmeldung erfolgt ist und unmittelbar oder mittelbar zurückgeht</p> <p>a) auf einen offensichtlichen Mißbrauch zum Nachteil des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers oder</p> <p>b) auf die Tatsache, daß der Anmelder oder sein Rechtsvorgänger die Erfindung auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen im Sinne des am 22. November 1928 in Paris unterzeichneten und am 10. Mai 1948 revidierten Übereinkommens über internationale Ausstellungen zur Schau gestellt hat.</p>	<p>...</p> <p><u>Bemerkung:</u>  Artikel 12 entspricht  Artikel 4 Abs. 4 Straßbg.Abk.</p>	<p>+</p>

# Artikel 13

## Erfinderische Tätigkeit

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Eine Erfindung gilt als auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhend, wenn sie sich nicht in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt. <u>[Gehören zu dem Stand der Technik auch Unterlagen im Sinne des Artikels 11 Absatz 3, so ist bei der Beurteilung der erfinderischen Tätigkeit jede dieser Unterlagen zusammen mit dem sie betreffenden Stand der Technik, aber unter Ausschluß des übrigen Stands der Technik zu betrachten.]</u></p> <p><u>Bemerkung:</u> Die Arbeitsgruppe hat die Aufnahme des in Klammern gesetzten Satzes in Artikel 13 noch nicht beschlossen. Die Notwendigkeit dieses Zusatzes soll noch weiter geprüft werden.</p>	<p>...</p> <p><u>Bemerkung:</u> Artikel 13 Satz 1 entspricht Artikel 5 Satz 1 Straßbg.Abk.</p>	<p>+</p>



# Artikel 14

## Gewerbliche Anwendbarkeit

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Eine Erfindung gilt als gewerblich anwendbar, wenn ihr Gegenstand auf irgend einem gewerblichen Gebiet einschließlich der Landwirtschaft hergestellt oder benutzt werden kann.</p>	<p>...</p> <p><u>Bemerkung:</u> Artikel 14 entspricht Artikel 3 Straßbg.Abk.</p>	<p>+</p>

## KAPITEL II

### RECHT AUF DAS PATENT

#### Artikel 15

#### Recht auf Erlangung des europäischen Patents

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Sofern das nationale Recht über Erfindungen von Personen, die in einem Unternehmen, einer Einrichtung oder einer Behörde beschäftigt sind, nichts anderes bestimmt, steht das Recht auf das europäische Patent dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger zu. Haben mehrere eine Erfindung unabhängig voneinander gemacht, so steht das Recht auf das europäische Patent demjenigen zu, der zuerst eine Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt eingereicht hat.</p>	<p>(1) ...</p>	<p>(1) +</p>
<p>(2) * Im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt gilt der Patentanmelder als berechtigt, das in Absatz 1 vorgesehene Recht geltend zu machen.</p>	<p>(2) ...</p>	<p>(2) +</p>

## Patentanmeldung durch Nichtberechtigten

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Ist der wesentliche Inhalt einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents der Erfindung eines Dritten widerrechtlich entnommen worden, so kann der durch die widerrechtliche Entnahme Verletzte verlangen, daß die Anmeldung oder das Patent auf ihn übertragen oder sein Recht auf das Patent festgestellt wird. Dies gilt in allen Fällen, in denen die europäische Patentanmeldung von einem gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nichtberechtigten eingereicht worden ist.</p> <p>(2) Ist eine Klage gemäß Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach der Bekanntmachung der Erteilung des vorläufigen europäischen Patents eingereicht worden, so erlischt das Recht gemäß Absatz 1, es sei denn, daß der Patentinhaber im Zeitpunkt der Erteilung des Patents nicht in gutem Glauben war.</p> <p>(3) Ist eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der eine Klage auf Grund des Absatzes 1 eingereicht hat, so</p>	<p>(1) Ist der wesentliche Inhalt einer europäischen Patentanmeldung der Erfindung eines Dritten widerrechtlich entnommen worden, so kann der durch die widerrechtliche Entnahme Verletzte verlangen, daß die Anmeldung auf ihn übertragen oder sein Recht auf das Patent festgestellt wird. Dies gilt in allen Fällen, in denen die europäische Patentanmeldung von einem gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nichtberechtigten eingereicht worden ist.</p> <p>(2) Der Anspruch nach Absatz 1 erlischt, wenn er nicht bis zur Erteilung des europäischen Patents durch Klage geltend gemacht wird. Weitergehende Ansprüche auf Grund des nationalen Rechts der Vertragsstaaten bleiben unberührt.</p> <p>(3) Ist eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der eine Klage auf Grund des Absatzes 1 eingereicht hat, so kann</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) Nach der Bestätigung des europäischen Patents kann das Recht nach Absatz 1 nicht mehr geltend gemacht werden.</p> <p>(3) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>kann dieser, sofern das vorläufige europäische Patent noch nicht bestätigt worden ist, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung eine neue Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen. Die neue Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt der früheren Anmeldung eingereicht und genießt gegebenenfalls das Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der neuen Anmeldung nicht über das hinausgeht, was in der ursprünglichen Anmeldung beschrieben worden ist. Die ursprüngliche europäische Patentanmeldung gilt als zurückgenommen oder das vorläufige europäische Patent als erloschen, wenn der Verletzte eine neue Anmeldung eingereicht hat.</p> <p><u>Bemerkung:</u> Die Absätze 3, 4 und 6 sind in die Ausführungsordnung übernommen worden.</p>	<p>dieser, sofern das europäische Patent noch nicht erteilt worden ist, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung eine neue Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen. Die neue Patentanmeldung gilt als zu dem Zeitpunkt der früheren Anmeldung eingereicht und genießt gegebenenfalls das Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der neuen Anmeldung nicht über das hinausgeht, was in der ursprünglichen Anmeldung beschrieben worden ist. Die ursprüngliche europäische Patentanmeldung gilt als zurückgenommen, wenn der Verletzte eine neue Anmeldung eingereicht hat.</p>	<p>(4) +</p> <p>(5) +</p> <p>(6) +</p>

# Artikel 17

## Anspruch auf Erfindernennung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Der Erfinder hat gegenüber dem Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents das Recht, vor dem Europäischen Patentamt als Erfinder genannt zu werden.</p> <p><u>Bemerkung:</u> Satz 2 ist in die Ausführungsordnung übernommen worden.</p>	<p>Der Erfinder hat gegenüber dem Anmelder des europäischen Patents das Recht, vor dem Europäischen Patentamt als Erfinder genannt zu werden.</p>	<p>+</p>

# KAPITEL III

## WIRKUNGEN DES PATENTS

### Artikel 18

#### Räumlicher Schutzbereich des europäischen Patents

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
Europäische Patente haben Wirkung für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten, auf die dieses Abkommen gemäß Artikel 209 Anwendung findet.	- gestrichen; s. Art. 2 Abs. 2a -	Europäische Patente haben von der Erteilung an Wirkung für das Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten, auf die sich die Patentanmeldung erstreckte. Vorbehaltlich Artikel 24 Absatz 3C kann das europäische Patent daher gemäß Artikel 124 Gegenstand eines Verzichts auf einen oder mehrere dieser Staaten sein.

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Ist in einem Vertragsstaat für eine Erfindung oder einen Teil einer Erfindung, die Gegenstand eines europäischen Patents ist, ein nationales Patent an oder nach dem in Artikel 11 Absatz 2 genannten Tag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden, das im Verhältnis zum europäischen Patent ein früheres Prioritätsdatum hat, so erstreckt sich die Wirkung des europäischen Patents nicht auf das Hoheitsgebiet des betreffenden Vertragsstaats, soweit das europäische Patent denselben Gegenstand wie das nationale Patent betrifft. Das gleiche gilt, falls eine nationale Patentanmeldung der Öffentlichkeit unter denselben Voraussetzungen zugänglich gemacht worden ist, die vorläufig denselben Schutz wie ein nationales Patent gewährt.</p> <p>(2) Gewährt eine nationale Patentanmeldung, die unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, nicht denselben Schutz wie ein nationales Patent, so setzt das mit einem Verfahren wegen Verletzung eines europäischen Patents befaßte Gericht die Entscheidung auf Antrag insoweit aus, als das europäische Patent denselben</p>	<p>- gestrichen -</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Das Vorliegen eines älteren nationalen Rechts soll in dem betreffenden Vertragsstaat ein Grund für die Nichtigkeit des europäischen Patents sein.</p>	<p>(1) Ist in einem Vertragsstaat für eine Erfindung oder für einen Teil einer Erfindung, die Gegenstand eines in diesem Land gültigen europäischen Patents ist, ein nationales Patent erteilt worden, das an oder nach dem in Artikel 11 Absatz 2 genannten Tag veröffentlicht worden ist, aber im Verhältnis zum europäischen Patent ein früheres Prioritätsdatum hat, so erstreckt sich die Wirkung des europäischen Patents nicht auf das Gebiet des betreffenden Vertragsstaats, soweit das europäische Patent den gleichen Gegenstand wie das nationale Patent betrifft.</p> <p>(2) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Gegenstand wie die nationale Patentanmeldung betrifft und die Verletzung im Hoheitsgebiet des betreffenden Vertragsstaats begangen wurde.</p> <p>(3) * Haben eine europäische Patentanmeldung und eine nationale Patentanmeldung, die denselben Gegenstand betreffen, denselben Zeitrang, ohne daß die Priorität der einen für die andere in Anspruch genommen worden ist und ohne daß die Priorität derselben Anmeldung für die eine und die andere Anmeldung in Anspruch genommen worden ist, so gilt die Anmeldung des europäischen Patents als nach der Anmeldung des nationalen Patents eingegangen.</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Absatz (3) war im Vorentwurf von 1962 Absatz (2).</p>		



# Artikel 20

(frühere 2. Fassung des Artikels 20)

Rechte aus dem europäischen Patent

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p><u>2. Fassung</u></p> <p>(1) * Das europäische Patent gewährt seinem Inhaber in jedem der Vertragsstaaten dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde. Eine Verletzung der Rechte des Inhabers des europäischen Patents wird nach dem nationalen Recht dieses Vertragsstaats beurteilt.</p> <p>(2) Hinsichtlich der Ausübung der Rechte aus dem europäischen Patent gilt Artikel 5<sup>ter</sup> der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und Artikel 27 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt nicht für Schiffe oder Luft- oder Landfahrzeuge der Vertragsstaaten.</p> <p>(3) Absatz 1 findet auf das vorläufige europäische Patent nur vorbehaltlich der Artikel 21 Absatz 2, 175a und 176 Anwendung.</p>	<p>(1) Das europäische Patent gewährt seinem Inhaber von dem Tag der Bekanntmachung seiner Erteilung an in jedem Vertragsstaat, für den es erteilt ist, dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde. Eine Verletzung der Rechte des Inhabers des europäischen Patents wird nach dem nationalen Recht dieses Vertragsstaats beurteilt.</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p>(3) - gestrichen; s. Art. 20<sup>bis</sup> und 20<sup>ter</sup> über den Schutz der europäischen Patentanmeldung -</p>	<p><u>2. Fassung</u></p> <p>(1) Das europäische Patent gewährt seinem Inhaber in jedem der Vertragsstaaten dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde. Vorbehaltlich Artikel 176 wird eine Verletzung der Rechte des Inhabers des europäischen Patents nach den Vorschriften des nationalen Rechts dieses Vertragsstaats beurteilt.</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p>(3) - gestrichen -</p>

Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p><u>1. Fassung</u></p> <p>(1) Die europäische Patentanmeldung gewährt dem Anmelder vom Tage ihrer Veröffentlichung an einstweilen den Schutz, der nach dem Recht des Vertragsstaats der frühesten gesetzlich vorgesehenen inländischen Offenlegung einer ungeprüften nationalen Anmeldung zukommt. Artikel 21 Absatz 2 findet Anwendung.</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>(1) Jeder Vertragsstaat hat mit Wirkung für sein Hoheitsgebiet vorzusehen, daß die europäische Patentanmeldung dem Anmelder den Schutz gewährt, der nach dem Recht dieses Vertragsstaats der frühesten gesetzlich vorgesehenen inländischen Offenlegung einer ungeprüften nationalen Anmeldung zukommt. Er hat zumindest vorzusehen, daß der Anmelder für die Zeit von der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung an von demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat benutzt hat, obwohl er wußte oder wissen mußte, daß die von ihm benutzte Erfindung Gegenstand der europäischen Patentanmeldung war, eine nach den Umständen angemessene Entschädigung verlangen kann. Artikel 21 Absatz 2 findet Anwendung.</p> <p><u>3. Fassung</u></p> <p>(1) Die europäische Patentanmeldung gewährt dem Anmelder vom Tage ihrer Veröffentlichung an einstweilen den Schutz nach Artikel 20.</p>	

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p data-bbox="891 230 1696 646">(1a) Jeder Vertragsstaat kann mit Wirkung für sein Hoheitsgebiet vorsehen, daß die europäische Patentanmeldung keinen Schutz gemäß Artikel 20 gewährt. In diesem Fall hat er zumindest vorzusehen, daß der Anmelder für die Zeit von der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung an von demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat benutzt hat, obwohl er wußte oder wissen mußte, daß die von ihm benutzte Erfindung Gegenstand der europäischen Patentanmeldung war, eine nach den Umständen angemessene Entschädigung verlangen kann.</p> <p data-bbox="948 681 1696 710">(1b) Artikel 21 Absatz 2 findet Anwendung.</p> <p data-bbox="891 745 1192 774"><u>1. bis 3. Fassung</u></p> <p data-bbox="891 792 1642 981">(2) Jeder Vertragsstaat, in dem nicht eine der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen Amtssprache ist, kann vorsehen, daß der einstweilige Schutz gemäß Absatz 1 und 1a erst von dem Zeitpunkt an eintritt, an dem</p> <ul data-bbox="891 1001 1664 1272" style="list-style-type: none"><li>a) eine Übersetzung der Patentansprüche in eine seiner Amtssprachen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, oder</li><li>b) eine Übersetzung der Patentansprüche in eine seiner Amtssprachen demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat benutzt, übermittelt worden ist.</li></ul>	

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p>(3) Mit dem Eintritt der Rechtskraft der Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder der Versagung des europäischen Patents sowie mit dem Zeitpunkt der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung gelten die in Absatz 1 und 1a vorgesehenen Wirkungen der europäischen Patentanmeldung als von Anfang an nicht eingetreten. Das gleiche gilt im Falle der Zurücknahme der Benennung eines Vertragsstaats für die Wirkungen der europäischen Patentanmeldung in diesem Vertragsstaat.</p>	

Bemerkung:

Der Vorschlag stellt für die Regelung des einstweiligen Schutzes der europäischen Patentanmeldung nach ihrer Veröffentlichung drei Lösungen zur Diskussion.

Die erste Lösung entspricht Artikel 29 PCT. Die zweite Lösung überläßt es dem nationalen Recht, einen einstweiligen Schutz vorzusehen, schreibt jedoch vor, daß zumindest eine den Umständen nach angemessene Entschädigung für die Benutzung der Erfindung zu zahlen ist.

Die dritte Lösung sieht in Anlehnung an den Artikel 20d (in der 2.Fassung: Artikel 20 Absatz 3) des Vorentwurfs von 1965 vor, daß die europäische Patentanmeldung vom Tage ihrer Veröffentlichung an wie früher das vorläufige europäische Patent einstweilen den Schutz des europäischen Patents nach Artikel 20 genießt.

Auf alle Fassungen findet Artikel 21 Absatz 2 Anwendung, was bedeutet, daß sich der Schutzzumfang der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung rückwirkend aus dem Schutzzumfang des erteilten Patents ergibt. Im übrigen unterliegt jeder einstweilige Schutz in seiner prozessualen Durchsetzung noch den Beschränkungen, die sich aus dem nationalen Prozeßrecht ergeben (~~vgl. früher Artikel 175a und 176 des Vorentwurfs von 1965~~).

Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Bekanntmachung der  
Patentansprüche

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p><u>1. Fassung</u></p> <p>(1) Jeder Vertragsstaat hat mit Wirkung für sein Hoheitsgebiet vorzusehen, daß die europäische Patentanmeldung vom Zeitpunkt der Bekanntmachung der Patentansprüche an einstweilen die Rechte nach Artikel 20 gewährt. Artikel 21 Absatz 2 findet Anwendung.</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>(1) Die europäische Patentanmeldung gewährt vom Tage der Bekanntmachung der Patentansprüche an einstweilen den Schutz nach Artikel 20.</p> <p><u>1. und 2. Fassung</u></p> <p>(2) Jeder Vertragsstaat, in dem nicht eine der in Artikel 34 Absatz 2 genannten Sprachen Amtssprache ist, kann vorsehen, daß der einstweilige Schutz gemäß Absatz 1 erst von dem Zeitpunkt an eintritt, an dem</p> <p>a) eine Übersetzung der Patentansprüche in eine seiner Amtssprachen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, oder</p> <p>b) eine Übersetzung der Patentansprüche in eine seiner Amtssprachen demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat benutzt, übermittelt worden ist.</p>	

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p data-bbox="857 219 1642 602">(3) Mit dem Eintritt der Rechtskraft der Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung oder der Versagung des europäischen Patents sowie mit dem Zeitpunkt der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung gelten die in Absatz 1 vorgesehenen Wirkungen der europäischen Patentanmeldung als von Anfang an nicht eingetreten. Das gleiche gilt im Falle der Zurücknahme der Benennung eines Vertragsstaats für die Wirkungen der europäischen Patentanmeldung in diesem Vertragsstaat.</p> <p data-bbox="857 671 1038 700"><u>Bemerkung:</u></p> <p data-bbox="857 719 1632 908">Der Vorschlag stellt hier nur zwei Lösungen zur Diskussion, da es sich um den Schutz der bereits geprüften Patentanmeldung handelt. Eine PCT entsprechende Lösung entfiel, weil die internationale Anmeldung immer eine ungeprüfte Anmeldung ist.</p>	

Sachlicher Schutzbereich des europäischen Patents

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Der sachliche Schutzbereich des europäischen Patents wird durch den Inhalt der Patentansprüche bestimmt. Die Beschreibung und die Zeichnungen sind jedoch zur Verdeutlichung der Tragweite der Patentansprüche heranzuziehen.</p> <p>(2) * Die Bestätigung des vorläufigen europäischen Patents als endgültiges europäisches Patent bestimmt rückwirkend den sachlichen Schutzbereich des europäischen Patents.</p>	<p>(1) ...</p> <p>(2) Die Erteilung des europäischen Patents bestimmt rückwirkend den sachlichen Schutzbereich der europäischen Patentanmeldung.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) Die Erteilung eines endgültigen Patents nach Bestätigung des europäischen Patents bestimmt rückwirkend den sachlichen Schutzbereich des europäischen Patents in diesem Staat.</p>

Bemerkung:

Absatz 1 entspricht Artikel 8 Abs. 3 Straßbg.Abk. In Satz 2 wurden jedoch die Worte "Auslegung" durch "Verdeutlichung der Tragweite" ersetzt. In der französischen Fassung wurde statt "interpréter les revendications" gesagt "preciser la portée des revendications". Im EFTA-Entwurf kommt dieser Unterschied noch nicht zum Ausdruck; es wird wie im Straßbg.Abk. die Wendung "interpret the claims" verwendet.

## Persönliches Besitzrecht und Vorbenutzungsrecht

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>* Derjenige, der in einem der Vertragsstaaten ein Vorbenutzungsrecht oder ein persönliches Besitzrecht an einer Erfindung erworben hätte, wenn ein nationales Patent für diese Erfindung erteilt worden wäre, hat das gleiche Recht in diesem Staat auch gegenüber dem europäischen Patent, das diese Erfindung zum Gegenstand hat.</p>	<p>- gestrichen -</p>	<p>+</p>



# KAPITEL IV

## ZUSATZPATENTE

### Artikel 23

#### Dauer des europäischen Patents

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
* Das europäische Patent erlischt spätestens am Ende des zwanzigsten Jahres, gerechnet vom Tag der Anmel- dung an.	- gestrichen -	- gestrichen -

## Europäische Zusatzpatente

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Europäische Zusatzpatente werden für die Verbesserung, Weiterentwicklung oder Ergänzung einer Erfindung, die durch ein europäisches Patent geschützt ist, auf Grund einer Anmeldung erteilt, die nach der Anmeldung dieses Patents - im folgenden Hauptpatent genannt - und vor dem Tag der Veröffentlichung des Hauptpatents gemäß Artikel 85 oder in dem in Artikel 86a vorgesehenen Fall vor dem Tag eingereicht wird, an dem Einsicht in die Akten gewährt werden kann.</p> <p>(2) * Das europäische Zusatzpatent wird nur dem Inhaber des europäischen Hauptpatents erteilt.</p> <p>(3) Die Erfindung, die Gegenstand des Zusatzpatents ist, unterliegt im Verhältnis zum Inhalt der Patentschrift des Hauptpatents nicht dem Erfordernis einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne des Artikels 13.</p>	<p>(1) Europäische Zusatzpatente werden für die Verbesserung, Weiterentwicklung oder Ergänzung einer Erfindung, die durch ein europäisches Patent geschützt ist, auf Grund einer Anmeldung erteilt, die nach der Anmeldung dieses Patents - im folgenden Hauptpatent genannt - und vor dem Tag der Veröffentlichung der Anmeldung des Hauptpatents eingereicht wird.</p> <p>(2) ...</p> <p>(2a) Für die Anmeldung des Zusatzpatents dürfen nur solche Vertragsstaaten benannt werden, die für die Anmeldung des Hauptpatents benannt sind.</p> <p>(3) ...</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(4) Das europäische Zusatzpatent erlischt zugleich mit dem europäischen Hauptpatent. Erlischt das europäische Hauptpatent jedoch durch Aufhebung, Erklärung der Nichtigkeit oder Verzicht, so wird das Zusatzpatent zu einem selbständigen Patent, auf das Absatz 3 keine Anwendung mehr findet. Es erlischt spätestens am Ende des zwanzigsten Jahres, gerechnet vom Tag der Anmeldung des Hauptpatents an. Im Falle einer Mehrheit von Zusatzpatenten wird nur das zuerst erteilte Zusatzpatent selbständig, die übrigen gelten als dessen Zusatzpatente.</p>	<p>(3a) Das europäische Zusatzpatent hat in den Vertragsstaaten, für die es erteilt ist und deren Recht die Erteilung von Zusatzpatenten gestattet, die Wirkung eines nationalen Zusatzpatents. In den übrigen Vertragsstaaten, für die es erteilt ist, hat es die Wirkung eines selbständigen Patents.</p> <p>(4) - gestrichen -</p>	<p>(3C) Ein europäisches Zusatzpatent oder eine europäische Zusatzpatentanmeldung darf sich immer nur auf die Vertragsstaaten erstrecken, auf die sich zur gleichen Zeit das europäische Hauptpatent erstreckt. Erlischt das europäische Hauptpatent jedoch durch Aufhebung oder Verzicht, so wird das Zusatzpatent zu einem selbständigen Patent. Im Falle einer Mehrheit von Zusatzpatenten wird nur das zuerst erteilte Zusatzpatent selbständig; die übrigen gelten als dessen Zusatzpatente.</p>
<p>(5) Der Anmelder oder der Inhaber eines vorläufigen europäischen Zusatzpatents kann bis zur Zustellung der Mitteilung gemäß Artikel 101 Absatz 1 die Zusatzpatentanmeldung oder das Zusatz-</p>	<p>(5) Der Anmelder des europäischen Zusatzpatents kann bis zur Zustellung der Mitteilung gemäß Artikel 101 Absatz 1 die Zusatzpatentanmeldung in eine selbständige Patentanmeldung umwandeln.</p>	<p>(3A) Der Anmelder eines europäischen Zusatzpatents oder der Inhaber eines europäischen Zusatzpatents kann bis zur Entscheidung über die</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>patent in eine selbständige Patentanmeldung oder in ein selbständiges Patent umwandeln. Im Falle der Umwandlung eines vorläufigen europäischen Zusatzpatents erlischt das selbständige Patent spätestens am Ende des zwanzigsten Jahres, gerechnet vom Tag der Anmeldung des Hauptpatents an.</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Der letzte Satz des Absatzes 5 des Vorentwurfs von 1962 ist in die Ausführungsordnung übernommen worden.</p>		<p>Bestätigung des europäischen Zusatzpatents die Zusatzpatentanmeldung oder das Zusatzpatent in eine selbständige Patentanmeldung oder in ein selbständiges Patent umwandeln. Im Falle der Umwandlung eines europäischen Zusatzpatents wird die Umwandlung in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht. Für die Berechnung der Laufzeit eines daraufhin erteilten endgültigen Patents gilt als Anmeldetag des selbständigen Patents der Anmeldetag des Zusatzpatents, an dessen Stelle es getreten ist.</p> <p>(3B)</p> <p>a) Ein Zusatzpatent kann nicht nach der Bestätigung des Hauptpatents erteilt werden.</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
		<p>b) Ist das Hauptpatent bestätigt worden, so muß auch ein Zusatzpatent bestätigt oder in ein selbständiges Patent umgewandelt werden.</p> <p>c) Ein Zusatzpatent kann nicht vor der Bestätigung des Hauptpatents bestätigt werden.</p>

## KAPITEL V

### DIE PATENTANMELDUNG ALS GEGENSTAND DES VERMÖGENS

#### Artikel 24a

#### Einheitlichkeit der europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	Die europäische Patentanmeldung kann nicht für einzelne Vertragsstaaten gesondert übertragen werden oder Gegenstand besonderer Rechte sein.	s. Art. 25 Abs. 1

Übertragung der europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Das europäische Patent kann nur im ganzen und nur für alle Hoheitsgebiete, in deren Bereich es Wirkung hat, Gegenstand eines Rechtsübergangs sein. Diese Vorschrift schließt nicht einen Rechtsübergang in der Form des Mit-eigentums aus.</p>	<p>(1) - gestrichen; s. Art. 24a -</p>	<p>(1) +</p>
<p>(2) * Die rechtsgeschäftliche Übertragung des europäischen Patents muß schriftlich erfolgen und bedarf der Unterschrift der Vertragsparteien.</p>	<p>(2) Die rechtsgeschäftliche Übertragung der europäischen Patentanmeldung muß schriftlich erfolgen und bedarf der Unterschrift der Vertragsparteien.</p>	<p>(2) +</p>
<p>(3) Der Rechtsübergang wird auf Antrag eines Beteiligten in das europäische Patentregister eingetragen, wenn das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Übertragungsvertrags oder der öffentlichen Urkunden, aus denen sich der Rechtsübergang ergibt, oder zur Feststellung des Rechtsübergangs ausreichende Auszüge aus dem Vertrag oder den Urkunden vorgelegt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Abkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.</p>	<p>(3) ...</p>	<p>(3) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(4) Ein Exemplar der in Absatz 3 genannten Unterlagen wird vom Europäischen Patentamt aufbewahrt; das Europäische Patentamt gewährt auf Antrag und nach Entrichtung der in Artikel 162 Absatz 3 vorgesehenen Gebühr Einsicht in diese Unterlagen.</p> <p>(5) Der Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst wirksam und kann Dritten erst entgegengehalten werden, wenn er in das europäische Patentregister eingetragen ist; er wird nur in dem Umfang wirksam und kann nur in dem Umfang entgegengehalten werden, in dem er sich aus den in Absatz 3 genannten Unterlagen ergibt. Jedoch kann ein Rechtsübergang, der nicht eingetragen ist, Dritten entgegengehalten werden, die später das europäische Patent oder Rechte an diesem erworben haben und im Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Eintragung dieser Rechte in das europäische Patentregister nicht in gutem Glauben waren.</p> <p>(6) - gestrichen -</p>	<p>(4) ...</p> <p>(5) Der Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst wirksam, wenn er in das europäische Patentregister eingetragen ist; er wird nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus den in Absatz 3 genannten Unterlagen ergibt.</p> <p>(6) - gestrichen -</p>	<p>(4) +</p> <p>(5) +</p> <p>(6) +</p>



## Verpfändung der europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * Das europäische Patent kann nur im ganzen und nur für alle Gebiete, in deren Bereich es Wirkung hat, verpfändet werden.</p> <p>(2) Das vertragliche Pfandrecht am europäischen Patent ist nach dem Recht über die Verpfändung nationaler Patente des Vertragsstaats zu bestellen, in dessen Gebiet der Inhaber des europäischen Patents seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Patentinhaber weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigte seinen Geschäftssitz hat. Könnte nach den vorstehenden Vorschriften das Pfandrecht nach dem Recht mehrerer Vertragsstaaten bestellt werden, so bestimmen die Beteiligten, welches dieser Rechte maßgebend ist.</p> <p>(3) Solange ein Pfandrecht am europäischen Patent im europäischen Patentregister eingetragen ist, können weitere Pfandrechte nur nach dem Recht des Vertragsstaats be-</p>	<p>(1) - gestrichen; s. Art. 24a -</p> <p>(2) Das vertragliche Pfandrecht an einer europäischen Patentanmeldung ist nach dem Recht über die Verpfändung nationaler Patente des Vertragsstaats zu bestellen, in dessen Gebiet der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Anmelder weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter seinen Geschäftssitz hat. Könnte nach den vorstehenden Vorschriften das Pfandrecht nach dem Recht mehrerer Vertragsstaaten bestellt werden, so bestimmen die Beteiligten, welches dieser Rechte maßgebend ist.</p> <p>(3) Solange ein Pfandrecht an einer europäischen Patentanmeldung im europäischen Patentregister eingetragen ist, können weitere Pfandrechte nur nach dem Recht des Vertragsstaats bestellt wer-</p>	<p>- gestrichen -</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>stellt werden, das für das bereits eingetragene Pfandrecht maßgebend ist. Im Zeitpunkt der Eintragung eines Pfandrechts bereits begründete, aber noch nicht eingetragene weitere Pfandrechte gelten als nach dem Recht des eingetragenen Pfandrechts bestellt.</p> <p>(4) Artikel 25 Absätze 2 bis 4 findet entsprechende Anwendung.</p> <p>(5) Ein Pfandrecht am europäischen Patent wird erst wirksam, wenn es in das europäische Patentregister eingetragen worden ist.</p> <p>(6) * Das Pfandrecht am europäischen Patent unterliegt dem Recht des Vertragsstaats, nach dem das Pfandrecht bestellt worden ist oder als bestellt gilt, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist. Für Maßnahmen, die der Verwertung eines Pfandrechts dienen, sind die Gerichte oder sonstigen zuständigen Behörden des genannten Vertragsstaats zuständig.</p> <p>(7) - gestrichen -</p>	<p>den, das für das bereits eingetragene Pfandrecht maßgebend ist. Im Zeitpunkt der Eintragung eines Pfandrechts bereits begründete, aber noch nicht eingetragene weitere Pfandrechte gelten als nach dem Recht des eingetragenen Pfandrechts bestellt.</p> <p>(4) ...</p> <p>(5) Ein Pfandrecht an einer europäischen Patentanmeldung wird erst wirksam, wenn es in das europäische Patentregister eingetragen worden ist.</p> <p>(6) Das Pfandrecht an einer europäischen Patentanmeldung unterliegt dem Recht des Vertragsstaats, nach dem das Pfandrecht bestellt worden ist oder als bestellt gilt, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist. Für Maßnahmen, die der Verwertung eines Pfandrechts dienen, sind die <u>Gerichte</u> oder sonstigen zuständigen Behörden des genannten Vertragsstaats zuständig.</p> <p>(7) - gestrichen -</p>	

# Artikel 27

## Sonstige dingliche Rechte an der europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
Artikel 25 und Artikel 26 Absätze 2, 3 und 6 finden auf vertragliche dingliche Rechte an europäischen Patenten mit Ausnahme des Pfandrechts und, soweit möglich, auf gesetzliche dingliche Rechte an europäischen Patenten Anwendung.	Artikel 25 und Artikel 26 Absätze 2, 3 und 6 finden auf vertragliche dingliche Rechte an europäischen Patentanmeldungen mit Ausnahme des Pfandrechts und, soweit möglich, auf gesetzliche dingliche Rechte an europäischen Patentanmeldungen Anwendung.	- gestrichen -

Zwangsvollstreckung in europäische Patentanmeldungen

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * Das europäische Patent kann nur im ganzen und nur für alle Gebiete, in deren Bereich es Wirkung hat, gepfändet und weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unterworfen werden.</p> <p>(2) Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in das europäische Patent werden von den zuständigen Behörden und nach dem Recht des Vertragsstaats durchgeführt, in dessen Gebiet der Inhaber des europäischen Patents seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Patentinhaber weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden und sind die Behörden des Vertragsstaats zuständig, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigte seinen Geschäftssitz hat. Ist kein Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigter bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden und sind die Behörden des Vertragsstaats zuständig, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.</p>	<p>(1) - gestrichen; s. Art. 24a -</p> <p>(2) Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in eine europäische Patentanmeldung werden von den zuständigen Behörden und nach dem Recht des Vertragsstaats durchgeführt, in dessen Gebiet der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Anmelder weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet eines benannten Vertragsstaats, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden und sind die Behörden des Vertragsstaats zuständig, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter seinen Geschäftssitz hat. Ist kein Vertreter bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden und sind die Behörden des Vertragsstaats zuständig, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.</p>	<p>- gestrichen -</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(3) Ist nach Absatz 2 die Zuständigkeit der Behörden mehrerer Vertragsstaaten begründet, so sind die Behörden des Vertragsstaats ausschließlich zuständig, auf dessen Gebiet die erste Pfändung bewirkt worden ist. Die in den anderen Vertragsstaaten bewirkten Pfändungen müssen auf Antrag von den ausschließlich zuständigen Behörden wiederholt werden und gelten zum Zeitpunkt der ursprünglichen Pfändung als bewirkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten stellen dem Europäischen Patentamt eine Ausfertigung der Urkunden über die Pfändung zu.</p> <p>(4) Die Pfändung des europäischen Patents wird dem Europäischen Patentamt und sonstigen Dritten gegenüber erst wirksam, wenn sie in das europäische Patentregister eingetragen worden ist. Jedoch hat eine Pfändung, die nicht eingetragen ist, Dritten gegenüber Wirkung, die später das europäische Patent oder Rechte an diesem erworben haben und im Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Eintragung nicht in gutem Glauben waren.</p>	<p>(3) ...</p> <p>(4) Die Pfändung einer europäischen Patentanmeldung wird dem Europäischen Patentamt und sonstigen Dritten gegenüber erst wirksam, wenn sie in das europäische Patentregister eingetragen worden ist. Jedoch hat eine Pfändung, die nicht eingetragen ist, Dritten gegenüber Wirkung, die später die europäische Patentanmeldung /oder das auf diese Anmeldung erteilte europäische Patent/ oder Rechte an der Patentanmeldung /oder an dem Patent/ erworben haben und im Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Eintragung nicht in gutem Glauben waren.</p>	

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(5) Die Eintragung erfolgt auf Grund einer Mitteilung der zuständigen nationalen Behörden und ist gebührenfrei.</p> <p>(6) Nach der Eintragung der Pfändung werden die Übertragung des europäischen Patents oder die Gewährung anderer Rechte am europäischen Patent in das europäische Patentregister nur eingetragen, wenn dem Antrag auf Eintragung eine Erklärung des Pfandgläubigers, zu dessen Gunsten die Pfändung eingetragen worden ist, beigefügt ist, daß er in die Eintragung einwilligt.</p> <p>(7) Die vorstehenden Absätze finden auf Arreste oder sonstige Sicherungsmaßnahmen zivilrechtlicher Art, die das europäische Patent betreffen, entsprechende Anwendung.</p> <p>(8) Die Absätze 1, 2, 3, 5 und 6 finden entsprechende Anwendung, wenn über das Vermögen des Inhabers eines europäischen Patents der Konkurs eröffnet worden ist. Jedoch gilt im Sinne dieser Vorschrift als Sitz gemäß Absatz 2 der Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit des Gemeinschuldners, der In-</p>	<p>(5) ...</p> <p>(6) Nach Eintragung der Pfändung werden die Übertragung der europäischen Patentanmeldung oder die Gewährung anderer Rechte an der Patentanmeldung in das europäische Patentregister nur eingetragen, wenn dem Antrag auf Eintragung eine Erklärung des Pfandgläubigers, zu dessen Gunsten die Pfändung eingetragen worden ist, beigefügt ist, daß er in die Eintragung einwilligt.</p> <p>(7) Die vorstehenden Absätze finden auf Arreste und sonstige Sicherungsmaßnahmen zivilrechtlicher Art, die die europäische Patentanmeldung betreffen, entsprechende Anwendung.</p> <p>(8) Die Absätze 2, 3, 5 und 6 finden entsprechende Anwendung, wenn über das Vermögen des Patentanmelders der Konkurs eröffnet worden ist. Jedoch gilt im Sinne dieser Vorschrift als Sitz gemäß Absatz 2 der Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit des Gemeinschuldners, der Anmelder des europäischen Patents ist. Die Vorschrift</p>	

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>haber des europäischen Patents ist. Die Vorschriften dieses Absatzes finden auf jedes andere gerichtliche Verfahren Anwendung, das der gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger aus dem Vermögen des Schuldners dient, der Inhaber des europäischen Patents ist.</p>	<p>ten dieses Absatzes finden auf jedes andere gerichtliche Verfahren Anwendung, das der gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger aus dem Vermögen des Schuldners dient, der Anmelder des europäischen Patents ist.</p>	

# Artikel 28a

## Fortwirkung der Rechte an einer Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Die Artikel 25 bis 28 finden auf europäische Patentanmeldungen entsprechende Anwendung.</p> <p>(2) Die Rechte, die Dritte an einer europäischen Patentanmeldung erworben haben, bleiben mit Wirkung für das auf diese Anmeldung erteilte europäische Patent bestehen.</p>	<p>(1) - gestrichen -</p> <p>(2) ...</p>	



Vertragliche Lizenzen an einer europäischen Patentanmeldung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * Das europäische Patent kann Gegenstand von Lizenzen für alle oder einen Teil der Gebiete sein, in deren Bereich es Wirkung hat.</p> <p>(2) Artikel 20a Absatz 1 findet auf ein Erzeugnis Anwendung, das der Lizenznehmer rechtmäßig in Verkehr gebracht hat. Für die Anwendung dieser Bestimmung wird die Rechtmäßigkeit des Inverkehrbringens in der Weise verstanden, daß die Lizenzbedingungen, die eine räumliche Beschränkung vorsehen, außer Betracht bleiben.</p> <p>(3) Artikel 25 Absätze 3 bis 5 findet auf die Erteilung oder den Übergang einer Lizenz an einem europäischen Patent entsprechende Anwendung.</p>	<p>(1) Eine europäische Patentanmeldung kann Gegenstand von Lizenzen für alle oder einen Teil der Gebiete der benannten Vertragsstaaten sein.</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p>(3) Artikel 25 Absätze 3 bis 5 findet auf die Erteilung oder den Übergang einer Lizenz an einer europäischen Patentanmeldung Anwendung.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) - gestrichen -</p> <p>(3) +</p>

Ergänzende Anwendung des nationalen Rechts bei Rechtsgeschäften

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) Soweit nicht dieses Abkommen selbst eine unmittelbare Regelung für Rechtsgeschäfte über europäische Patente enthält, ist das nationale Recht anzuwenden, auf das dieses Abkommen verweist. Fehlt eine solche Verweisung, so ist das Recht anzuwenden, das die Parteien vereinbart haben oder, wenn es sich um ein einseitiges Rechtsgeschäft handelt, das Recht, das derjenige, der dieses Rechtsgeschäft vorgenommen hat, bezeichnet. Ist das anwendbare Recht nicht vereinbart oder bezeichnet worden oder kann eine solche Vereinbarung oder Bezeichnung nach dem Recht des angerufenen Gerichts nicht wirksam getroffen werden, so bestimmt sich das anwendbare Recht nach den Regeln des internationalen Privatrechts, die im Staat des angerufenen Gerichts gelten.</p> <p>(2) Soweit das internationale Privatrecht auf die <i>lex rei sitae</i> verweist, ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der Inhaber des europäischen Patents seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Patentinhaber weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist</p>	<p>(1) Soweit nicht dieses Abkommen selbst eine unmittelbare Regelung für Rechtsgeschäfte über europäische Patentanmeldungen enthält, ist das nationale Recht anzuwenden, auf das dieses Abkommen verweist. Fehlt eine solche Verweisung, so ist das Recht anzuwenden, das die Parteien vereinbart haben oder, wenn es sich um ein einseitiges Rechtsgeschäft handelt, das Recht, das derjenige, der dieses Rechtsgeschäft vorgenommen hat, bezeichnet. Ist das anwendbare Recht nicht vereinbart oder bezeichnet worden oder kann eine solche Vereinbarung oder Bezeichnung nach dem Recht des angerufenen Gerichts nicht wirksam getroffen werden, so bestimmt sich das anwendbare Recht nach den Regeln des internationalen Privatrechts, die im Staat des angerufenen Gerichts gelten.</p> <p>(2) Soweit das internationale Privatrecht auf die <i>lex rei sitae</i> verweist, ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Anmelder weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigte seinen Geschäftssitz hat. Ist kein Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigter bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.</p>	<p>Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter seinen Geschäftssitz hat. Ist kein Vertreter bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.</p>	

# DRITTER TEIL

## DAS EUROPÄISCHE PATENTAMT

### KAPITEL I

#### RECHTSSTELLUNG UND ALLGEMEINE ORGANISATION

#### Artikel 31

#### Rechtsstellung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
(1) * Das Europäische Patentamt ist eine gemeinsame Einrichtung der Vertragsstaaten mit verwaltungsmäßiger und finanzieller Selbständigkeit.	(1) ...	(1) +
(2) * Die Tätigkeit des Europäischen Patentamts wird vom <u>Verwaltungsrat</u> überwacht.	(2) ...	(2) +

# Artikel 31a

## Zuweisung von Aufgaben durch ein besonderes Abkommen

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p>Dem Europäischen Patentamt können durch ein besonderes Abkommen im Sinne des Artikels 8a zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Für die Durchführung dieser zusätzlichen Aufgaben können im Europäischen Patentamt besondere Organe gebildet werden, die eine gemeinsame Einrichtung der Vertragsstaaten des besonderen Abkommens sind und vom engeren Ausschuß des Verwaltungsrats überwacht werden.</p>	<p>Siehe Nr. 10 des erklärenden Hinweises zum EFTA-Entwurf (Anlage II zu EFTA 4/67 vom 19. Januar 1967)</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
(1) * Das Europäische Patentamt besitzt Rechtspersönlichkeit.	(1) ...	(1) +
(2) * Das Europäische Patentamt besitzt in jedem Vertragsstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; es kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen.	(2) ...	(2) +
(3) * Der Präsident des Europäischen Patentamts vertritt das Europäische Patentamt gerichtlich und außergerichtlich.	(3) ...	(3) +

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) *</p> <p><u>1. Fassung</u></p> <p>Das Europäische Patentamt hat seinen Sitz in ....</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>Der Sitz des Europäischen Patentamts wird durch einstimmigen Beschluß des <u>Verwaltungsrats</u> bestimmt.</p> <p><u>3. Fassung</u></p> <p>Der Sitz des Europäischen Patentamts wird im Einvernehmen zwischen den Regierungen der Vertragsstaaten bestimmt.</p> <p>(2) * Durch einstimmigen Beschluß des <u>Verwaltungsrats</u> können bei den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten oder bei <u>dem Internationalen Patentinstitut in Den Haag</u>, soweit erforderlich, Dienststellen des Europäischen Patentamts zu Informations- oder Verbindungszwecken geschaffen werden.</p> <p>(3)*Die Schaffung dieser Dienststellen kann vorgesehen werden, um den Bedürfnissen des Europäischen Patentamts, der Vertragsstaaten oder <u>des Internationalen Patentinstituts</u> zu genügen.</p>	<p>(1)</p> <p><u>1. Fassung</u></p> <p>..</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>- gestrichen -</p> <p><u>3. Fassung</u></p> <p>- gestrichen -</p> <p>(2) ...</p> <p>(3) ...</p>	<p>(1)</p> <p><u>1. Fassung</u></p> <p>+</p> <p><u>2. Fassung</u></p> <p>+</p> <p><u>3. Fassung</u></p> <p>+</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * Das Europäische Patentamt bedient sich vorbehaltlich der nachstehenden Vorschriften der deutschen, der englischen und der französischen Sprache.</p>	(1) ...	(1) +
<p>(2) Die Personen mit Sitz oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines der Vertragsstaaten, in dem eine andere Amtssprache als die in Absatz 1 genannten Sprachen verwendet wird, und die Angehörigen dieses Staats mit Wohnsitz im Ausland können europäische Patentanmeldungen in dieser Sprache einreichen. Jedoch muß eine Übersetzung in eine der in Absatz 1 genannten Sprachen innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Anmeldung eingereicht werden.</p>	(2) ...	(2) +
<p>(3) Vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen vorgesehenen Ausnahmen ist die Sprache der europäischen Patentanmeldung oder im Fall des Absatzes 2 diejenige der Übersetzung in allen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt zu verwenden. Muß ein Schriftstück vor Ablauf einer Frist vorgelegt werden, so findet Absatz 2 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Übersetzung in der Verfahrenssprache und innerhalb einer</p>	(3) ...	(3) +



Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>Frist von einem Monat nach Vorlage des Schriftstücks eingereicht wird.</p> <p>(4) Die Eintragungen in das europäische Patentregister werden in den in Absatz 1 genannten drei Sprachen vorgenommen. In Zweifelsfällen ist die Eintragung in der Sprache der Anmeldung oder im Fall des Absatzes 2 in derjenigen der Übersetzung maßgebend.</p> <p>(5) Die Patentschriften europäischer Patente werden in der Sprache der Anmeldung oder im Fall des Absatzes 2 in der Sprache der Übersetzung veröffentlicht; sie enthalten eine Übersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen in Absatz 1 genannten Sprachen.</p>	<p>(4) ...</p> <p>(4a) Die Veröffentlichung europäischer Patentanmeldungen erfolgt in der Sprache der Anmeldung oder im Fall des Absatzes 2 in der Sprache der Übersetzung; eine Übersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen in Absatz 1 genannten Sprachen wird beigelegt.</p> <p>(5) ...</p> <p><u>Bemerkung:</u> Die in (5) des EFTA-Entwurfs behandelte nachträgliche Übersetzung soll in Zusammenhang mit den Verschriften über das europäische Patent nach seiner Erteilung geregelt werden.</p>	<p>(4) +</p> <p>(5) Die Patentschriften europäischer Patente werden in der Sprache der Anmeldung oder im Fall des Absatzes 2 in der Sprache der Übersetzung veröffentlicht; sie enthalten eine Übersetzung der Ansprüche in die bei-</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(6) * Das Europäische Patentblatt wird in den drei in Absatz 1 genannten Sprachen veröffentlicht.</p> <p>(7) Die in der Bekanntmachung gemäß Artikel 96 Absatz 2 enthaltenen Patentansprüche werden in der Sprache der Anmeldung oder im Fall des Absatzes 2 in der Sprache der Übersetzung veröffentlicht; die Patentansprüche werden ferner in Übersetzung in den beiden anderen in Absatz 1 genannten Sprachen wiedergegeben.</p> <p>(8) * Das Amtsblatt des Europäischen Patentamts wird gemäß der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen in einem Teil in allen Sprachen der Vertragsstaaten und in einem anderen Teil in den drei in Absatz 1 genannten Sprachen veröffentlicht.</p>	<p>(6) ...</p> <p>(7) ...</p> <p>(8) ...</p>	<p>den anderen in Absatz 1 genannten Sprachen. Jeder Vertragsstaat kann Vorschriften vorsehen, nach denen die Wirksamkeit eines Patents in diesem Staat davon abhängt, daß der Anmelder eine Übersetzung der gesamten Druckschrift in die Sprache dieses Staates beibringt und die Druckschrift auch in dieser Sprache gedruckt und veröffentlicht wird.</p> <p>(6) +</p> <p>(8) +</p> <p><u>Bemerkung:</u></p> <p>Absatz (8) war im Vorentwurf von 1962 Absatz (7).</p>

# Artikel 35

## Vorrechte und Befreiungen

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>* Das Europäische Patentamt sowie seine Beamten und sonstigen Bediensteten genießen in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe eines besonderen Protokolls.</p>	...	+

# Artikel 36

## Leitung

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * Dem Präsidenten des Europäischen Patentamts obliegt die Leitung des Europäischen Patentamts gemäß den Vorschriften dieses Abkommens und der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen. Er ist <u>dem Verwaltungsrat</u> gegenüber für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts verantwortlich.</p>	<p>(1) Dem Präsidenten des Europäischen Patentamts obliegt die Leitung des Europäischen Patentamts gemäß diesem Abkommen und der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen sowie, soweit das Europäische Patentamt zusätzliche Aufgaben auf Grund des besonderen Abkommens im Sinne des Artikels 8a übernimmt, gemäß dem besonderen Abkommen und der Ausführungsordnung zu dem besonderen Abkommen. Er ist dem Verwaltungsrat gegenüber für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts verantwortlich.</p>	<p>(1) +</p>
<p>(2) * Zu diesem Zweck hat der Präsident insbesondere folgende Befugnisse:</p>	<p>(2) ...</p>	<p>(2) +</p>
<p>a) * er trifft alle für die Tätigkeit der Behörde zweckmäßigen Maßnahmen;</p>	<p>a) ...</p>	<p>a) +</p>
<p>b) * er kann dem <u>Verwaltungsrat</u> Vorschläge für eine Änderung dieses Abkommens sowie Entwürfe für allgemeine Durchführungsbestimmungen und Entscheidungen vorlegen, die das Europäische Patentamt betreffen und zur Zuständigkeit des <u>Verwaltungsrats</u> gehören;</p>	<p>b) ...</p>	<p>b) +</p>
<p>c) * er bereitet den Haushaltsplan gemäß den Finanzvorschriften vor und führt ihn gemäß den Finanzvorschriften aus;</p>	<p>c) ...</p>	<p>c) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
d) * er legt jährlich dem <u>Verwaltungsrat</u> die Rechnungen, die Übersicht über das Vermögen und einen Tätigkeitsbericht vor;	d) ...	d) +
e) * er übt das Weisungsrecht und die Kontrolle über das Personal aus;	e) ...	e) +
f) * er ernennt die nicht in Artikel 37 genannten Beamten und Bediensteten und entscheidet über ihre Beförderung;	f) ...	f) +
g) * er übt die Disziplinalgewalt über die nicht in Artikel 37 genannten Beamten und Bediensteten aus und kann dem <u>Verwaltungsrat</u> Disziplinarmaßnahmen gegenüber den in Artikel 37 Absatz 3 genannten Beamten vorschlagen;	g) ...	g) +
h) * er kann seine Befugnisse auf einen oder mehrere Beamte oder Bedienstete des Europäischen Patentamts übertragen;	h) ...	h) +
i) * er nimmt an den Beratungen des <u>Verwaltungsrats</u> über die das Europäische Patentamt betreffenden Fragen teil.	i) ...	i) +
(3) * Der Präsident wird in der Leitung von mehreren Vizepräsidenten unterstützt. Er wird bei Abwesenheit von einem Vizepräsidenten vertreten.	(3) ...	(3) +

# Artikel 37

## Ernennung höherer Beamter

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
(1) * Der Präsident des Europäischen Patentamts wird vom <u>Verwaltungsrat</u> ernannt.	(1) ...	(1) +
(2) * Die Vizepräsidenten werden nach Anhörung des Präsidenten vom <u>Verwaltungsrat</u> ernannt.	(2) ...	(2) +
(3) * Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Nichtigkeitskammern werden auf Vorschlag des Präsidenten vom <u>Verwaltungsrat</u> ernannt.	(3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Großen Beschwerdekammer werden auf Vorschlag des Präsidenten vom Verwaltungsrat ernannt.	(3) +

Artikel 38  
Amtspflichten

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
(1) * Die Beamten und sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Kenntnisse, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben.	(1) ...	(1) +
(2) * Die Beamten und sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts dürfen während der Dauer ihres Dienstverhältnisses weder selbst noch durch einen Mittelsmann Patentanmeldungen einreichen.	(2) ...	(2) +
(3) * <u>Der Verwaltungsrat</u> erläßt das Statut der Beamten sowie die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts.	(3) ...	(3) +

Streitigkeiten zwischen dem Europäischen Patentamt und seinen Bediensteten

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>* <u>Ein internationales Gericht</u> ist für alle Streitsachen zwischen dem Europäischen Patentamt und seinen Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten ergeben.</p>	<p>Für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen dem Europäischen Patentamt und seinen Bediensteten wird ein Beschwerdeausschuß für Streitigkeiten gebildet. Die Zuständigkeit des Beschwerdeausschusses, seine Zusammensetzung und das Beschwerdeverfahren werden in einem besonderen Statut geregelt. <del>Die Zuständigkeit des Beschwerdeausschusses wird im Statut der Beamten sowie in den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten festgelegt.</del></p>	<p>+</p>



Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
(1) * Die vertragliche Haftung des Europäischen Patentamts bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.	(1) ...	(1) +
(2) * Im Bereich der außervertraglichen Haftung ersetzt das Europäische Patentamt den durch ihre Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.	(2) ...	(2) +
(3) * Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber dem Europäischen Patentamt bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.	(3) ...	(3) +
(4) * <u>Ein</u> internationales Gericht ist für Streitsachen über den in Absatz 2 vorgesehenen Schadenersatz zuständig.	(4) <u>1. Fassung</u> Für die Entscheidung von Streitigkeiten über den in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Schadenersatz wird eine Schiedsstelle errichtet. Die Zusammensetzung der Schiedsstelle und das Schiedsverfahren werden in einem besonderen Statut geregelt.	(4) +

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
	<p data-bbox="993 215 1181 244"><u>2. Fassung</u></p> <p data-bbox="993 259 1612 484">Über Streitigkeiten über den in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Schadensersatz befinden die für die Entscheidung derartiger Streitigkeiten am Ort des Sitzes des Europäischen Patentamts zuständigen Gerichte.</p>	

Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Handlungen des Verwaltungsrats und des Präsidenten  
des Europäischen Patentamts

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(1) * <u>Das Europäische Patentgericht</u> ist zum Zweck der Überwachung der Rechtmäßigkeit des Handelns des <u>Verwaltungsrats</u> und des Präsidenten des Europäischen Patentamts für Klagen zuständig, die eine natürliche oder juristische Person wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung von Vorschriften dieses Abkommens oder der Ausführungsordnung zu diesem Abkommen oder wegen Ermessensmißbrauch erhebt, sofern die natürliche oder juristische Person durch die angefochtene Handlung unmittelbar betroffen ist.</p> <p>(2) * Die im vorstehenden Absatz vorgesehenen Klagen sind innerhalb von zwei Monaten zu erheben; diese Frist läuft je nach Lage des Falls von der Bekanntgabe der betreffenden Handlung, ihrer Mitteilung an den Betroffenen oder in Ermangelung dessen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Kläger von dieser Handlung Kenntnis erlangt hat.</p> <p>(3) * Ist die Klage begründet, so erklärt <u>das Europäische Patentgericht</u> die angefochtene Handlung für nichtig.</p>	<p>- gestrichen -</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>

Vorentwurf von 1965	Vorschlag des Vorsitzenden	EFTA-Entwurf
<p>(4) * Der <u>Verwaltungsrat</u> oder der Präsident des Europäischen Patentamts hat die sich aus dem Urteil ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Diese Verpflichtung besteht unbeschadet der Verpflichtung, die sich aus der Anwendung des Artikels 40 Absatz 2 ergibt.</p>		<p>(4) +</p>